

Das Scheitern der englischen Anshungerungs- politik.

Beginnende Einsicht in London.

Wien, 19. Januar.

Die „Times“ geben alle Hoffnung auf die Anshungerung der Zentralmächte auf und plaidieren für die äußerste Sparsamkeit und Einschränkung im eigenen Lande. Das Blatt führt aus, daß es notwendig sei, in den öffentlichen Ausgaben sowohl wie im privaten Haushalte die größte Sparsamkeit zu üben. Die Minister hätten wohl zuweilen über dieses Thema gesprochen, sie hätten auch verschiedene Komitees eingesetzt; sie hätten aber nichts Ernstes getan, um verschwenderische Ausgaben hintanzuhalten oder die Sparsamkeit bei den Massen zu ermutigen. Die dringende Notwendigkeit solcher Sparsamkeit werde allgemein anerkannt — in Worten. Man müsse jedoch bloß die Augen aufmachen, um zu sehen, daß Regierungsbehörden, Gemeinden, öffentliche Gesellschaften und Private aller Klassen Geld für alle möglichen Dinge verwenden, die in Wahrheit in Kriegszeiten nicht als notwendig bezeichnet werden können. Die öffentlichen Ausgaben übersteigen alles, was jemals in der Finanzgeschichte irgend eines Landes für möglich erachtet worden. Die Ziffern sprechen für sich selbst. Im laufenden Finanzjahre haben wir für die Armee 715 Millionen Pfund Sterling, für die Flotte 190 Millionen und an Anlehen für die Kolonien und für unsere Verbündeten 423 Millionen Pfund, insgesamt also 1328 Millionen Pfund Sterling ausgegeben. Nächstes Jahr, in der Periode 1916/17, werden wir für diese Zwecke noch mehr auszugeben haben. Inbegriffen 200 Millionen für die Zivilverwaltung dürften unsere Gesamtausgaben 1800 Millionen Pfund erreichen.

Wir zweifeln nicht, daß die Ressourcen der Nation selbst für so hohe Ziffern anstreichen, allein selbst diese Ressourcen würden erschöpft werden, wenn wir unsere Extravaganzen nicht einschränken und nicht ernstlich sparen. Zu alledem komme noch das verwandte Problem der Zahlung für auswärtige Importe. Es ist nicht zu erwarten, daß wir durch das Wachstum unseres Exports einen großen Teil davon zu decken imstande sein werden. . . Müßig und unheilvoll wäre es, wenn wir uns zu trösten versuchen würden mit der Erwägung, daß unsere Feinde in noch schlechterer Lage sind als wir. Und noch müßiger und unheilvoller wäre es, zu denken, daß der Friede viel rascher kommen werde, als viele von uns erwarten. Die Deutschen und die Oesterreicher haben viel mehr auszuhalten, als wir erdulden. Aber glaubt irgend jemand, ihre Lage sei so schlimm, sie zu zwingen, um Frieden zu bitten mit den einzigen Bedingungen, die wir ihnen gewähren würden? Besteht die geringste Aussicht, daß sie innerhalb einer berechenbaren Zeit zum Neuesten gebracht werden können? So weit wir beurteilen können, besteht eine solche Aussicht nicht.

Herr Delbrück und andere Redner im Reichstage haben zweifellos ein zu rosiges Bild über Deutschlands wirtschaftliche Lage entworfen, aber die Erklärung des Ministers des Innern, daß Deutschland Nahrungsmittel genug besitze, um bis zur Ernte auszuhalten, ist fast mit Sicherheit als wahr hinzunehmen.

Deutschland leidet unter Mangel und Entbehrungen; wir sehen jedoch keinerlei Wahrscheinlichkeit, daß das Deutsche Reich innerhalb einer abmeßbaren Zeit unter solchem Hunger leiden wird, der seine Widerstandskraft brechen würde. Wir dürfen nicht erwarten, daß der Friede bald kommen, oder daß er durch wirtschaftlichen Druck herbeigeführt werden wird, selbst wenn es uns gelingt, diesen Druck noch zu verstärken. Der Friede wird kommen, wenn wir Deutschland im Felde schlagen, und unsere Finanzpolitik wie unsere gesamte Kriegspolitik müssen wir auf dieser Voraussetzung aufbauen. Wir dürfen sie nicht auf Hoffnungen eines wirtschaftlichen Zusammenbruches unserer Feinde basieren. Mit Hoffnungen solcher Art sind wir ein Jahr hindurch gesättigt worden. Wir bedauern, daß sie auch in der Rede unseres Handelsministers Mr. Runciman eine Rolle gespielt haben. Solche Hoffnungen zu hegen, ist eine Schädigung der Kraft unserer Verteidigung; sie zu äußern, kann nicht verfehlen, den Feind zu ermutigen. Wir müssen so denken und so handeln, daß wir bereit sein können, noch fünf, zehn, oder, wenn nötig, zwanzig Jahre durchzuhalten. Unser Finanzsystem muß so geartet sein, um allen Eventualitäten zu begegnen und den Bedürfnissen jeder Gelegenheit sich anzupassen. Vor allem aber ist drastische Dekonomie in den öffentlichen Ausgaben und patriotische Sparsamkeit in jedem Haushalt vonnöten. Es ist nicht genug, in den Importen zu sparen, wiewohl Dekonomie hierin von besonderer Wichtigkeit ist; wir müssen sparen in allen Dingen, in der Arbeit, in Gütern und Diensten, die nicht unerlässlich sind. Die Regierung sollte diese Bestrebungen fördern durch Beispiel und Lehre, durch Einschränkungen, die sie sich selber

auferlegt und durch die sofortige Eröffnung einer großen Kampagne zugunsten der allgemeinen Sparsamkeit, der öffentlichen sowohl wie der privaten, die ohne Rücksicht auf irgendwelche Interessen außer den allgemeinen Staatsinteressen allein durchzuführen ist.